



## Detailansicht des Registereintrags

### Bernd Westphal

Stand vom 07.10.2025 12:18:33 bis 17.10.2025 17:05:55

Natürliche Person

Tätigkeit bis 03/25:

Mitglied des Deutschen Bundestages

<b>Registernummer:</b>	R007372
<b>Ersteintrag:</b>	14.05.2025
<b>Letzte Änderung:</b>	07.10.2025
<b>Letzte Jahresaktualisierung:</b>	10.06.2025
<b>Tätigkeitskategorie:</b>	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

**Hauptfinanzierungsquellen** (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Sonstiges

**Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:**

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0 Euro

**Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:**

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

## Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

---

**Interessen- und Vorhabenbereiche (25):**

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel;

Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz

**Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.**

**Beschreibung der Tätigkeit:**

Bei den Angaben zum abgelaufenen Geschäftsjahr handelt es sich um mein abgelaufenes Steuerjahr. Meine Beratertätigkeit wurde ab April 2025 aufgenommen.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt.

Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

## **Konkrete Regelungsvorhaben (6)**

---

1. **Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland**

**Beschreibung:**

Grundsätzliche Erlaubnis der kommerziellen Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> im In- und Ausland.

**Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 02.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

KSpG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

2. **Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht**

**Beschreibung:**

Um Innovationen zu fördern und wirtschaftliche Planungssicherheit zu gewährleisten, sollte die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen abgeschafft oder begrenzt werden. Eine Änderung des UmwRG könnte festlegen, dass Rechtsmittel keine verzögernde Wirkung mehr entfalten. Widersprüche wären weiterhin zulässig, würden jedoch keine unmittelbare Blockade mehr verursachen.

**Betroffenes geltendes Recht:**

UmwRG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2509290116 (PDF - 2 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 25.09.2025 an:

**Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 25.09.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

3. **Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht**

**Beschreibung:**

Schaffung eines Level-Playing-Field in der Vergabe von Prüfaufträgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

**Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:**

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung

Datum des Referentenentwurfs: 10.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

LkSG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

4. **Weitere Zulassung von antikoagulanten Substanzen**

**Beschreibung:**

Angesichts der strengen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften entlang der Lebensmittellieferkette sollte der Einsatz von Antikoagulantien nicht nur bei nachgewiesenem Befall, sondern auch bei einem qualifizierten Befallsrisiko erlaubt sein.

**Betroffenes geltendes Recht:**

ChemBiozidDV [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2509290112 (PDF - 1 Seite)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 05.08.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

5. Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel

**Beschreibung:**

Begleitung des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene, um eine verhältnismäßige und sachgerechte Regelung für das Düngemittel Calciumcyanamid zu erreichen. Der Bundesregierung sollen vertiefende Informationen und Sachargumente zur Verfügung gestellt werden, damit sie gegenüber der EU-Kommission darauf hinwirken kann, das im Rahmen des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene diskutierte Verbot von Kalkstickstoff als Düngemittel nicht umzusetzen. Stattdessen sollen den Mitgliedstaaten alternativ verhältnismäßigere Risikominderungsmaßnahmen vorgeschlagen werden.

**Interessenbereiche:**

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen

**Beschreibung:**

Durch die zügige Umsetzung des Gesetzes sollen unumkehrbare Strukturbrüche im Bereich des Universaldienstes abgewendet werden und eine hochwertige Versorgung mit postalischen Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen sichergestellt werden. Dazu zählt auch die Erhaltung eines finanzierbaren Universaldienstes sowie die Erweiterung von Regelungen zur Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine klimafreundliche Zustellung geschaffen werden.

**Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

PostG 2024 [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

## Angaben zu Aufträgen (2)

---

**1. Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, insbesondere für die Mandate Alzchem Trostberg GmbH, Exxon Mobil Central Europe Holding, Deutsche Post AG, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, TÜV SÜD AG, Bayer AG und VTG GmbH geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

**Interessenbereiche:** Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arzneimittel, Außenwirtschaft, Bank- und Finanzwesen, Cybersicherheit, Digitalisierung, E-Commerce, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Güterverkehr, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung, Öffentliches Recht, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Verbraucherschutz

**Konkrete Regelungsvorhaben:** Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland, Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht, Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht, Weitere Zulassung von antikoagulanten Substanzen, Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel, Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen

**Auftraggeber/-innen (1):****1. EUTOP Europe GmbH (EUTOP)**

**Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:**

0 Euro

**Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:**

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

**2. Auftrag**

Verbesserung der Rahmenbedingungen für CCS/CCU, um damit Unternehmen am Standort Deutschland und Arbeitsplätze zu sichern.

**Interessensbereiche:** Allgemeine Energiepolitik, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz

**Konkrete Regelungsvorhaben:** Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

**Auftraggeber/-innen (1):**

**1. Carbon Management Allianz**

**Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:**  
0 Euro

**Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:**

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

## **Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand**

---

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

## **Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen**

---

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

**Gesamtsumme:**

0 Euro